

Die sieben wichtigsten Punkte in meinem Leben

Geboren 1929 in Essen. Zwei Ereignisse in den ersten Lebensjahren prägten mein weiteres Leben: der beinahe Tod durch Ertrinken sowie Misshandlungen durch Ordensschwwestern.

1941: Übersiedlung nach München – Schule mit Nachtwache und Schnelldienst bei Luftangriffen – ab Ende 1943 „Kinderlandverschickung“ nach Zell am Ziller, Kitzbühel und Lagerführung in Tirol, Vorarlberg und Südtirol

1948: Abitur in München, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Tübingen und Würzburg. Referendar- und Assessoren-Examen in München

1954: Eheschließung, aus der drei Kinder hervorgingen (1956, 1959 und 1961). Seit 1982 in zweiter Ehe verheiratet.

1962: Eintritt in die SPD. 1967 bis 1970 Mitglied des Bayerischen Landtages. Sprecher der SPD-Fraktion für Natur- und Umweltschutz sowie Freizeit und Erholung (Spitzname: „Seeuferdokter“). Sieben Jahre parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer. Mitglied des Fraktionsvorstandes, des Ältestenrats und zahlreicher Ausschüsse. Verfasser des Entwurfs für ein Bayerisches Naturschutzgesetz vom 17.3.1970 und für ein Bayerisches Umweltschutzgesetz vom 19.6.1972. 1978 Dokumentation „Thesen und Forderungen zur Umweltschutzpolitik“

1979: Austritt aus der SPD aus Protest gegen ihre Haltung zur Kernenergie. Anfang 1980 Gründungsmitglied der Grünen in Bayern. Landesgeschäftsführer der Grünen. Sachliche Differenzen führten im Mai 1980 zum Austritt. Im Januar 1981 Wiedereintritt in die SPD, da sich eine grundlegende Änderung zur Kernenergie abzeichnete

1980-1986: Beauftragter für Südbayern des Bund Naturschutz in Bayern (BN). Mitglied des Landesvorstandes. Mitglied im Medienrat als Vertreter des Bund Naturschutz in Bayern (BN)



Dr. Reinhold Kaub
(*1929)

Den freien Zugang zum Starnberger See, für den er so gekämpft hat, hat Reinhold Kaub jetzt jeden Tag. Er muss von seiner Wohnung in Seeshaupt nur durch eine Unterführung gehen. Dass viele Menschen heute an den Ufern der Oberbayerischen Seen flanieren, baden, sich sonnen oder einfach die Landschaft genießen können, ist ihm zu verdanken. Als Abgeordneter der SPD setzte sich der promovierte Jurist Ende der 60er Jahren dafür ein, dass die private Bebauung an den Ufern begrenzt wird und dass mit Steuergeldern verfügbare Seegrundstücke für die Allgemeinheit gekauft wurden.

Später trat Kaub wegen der Haltung der Partei zur Atompolitik aus der SPD aus, hatte ein kurzes Intermezzo bei den Grünen, wurde wieder Mitglied der SPD, als diese ihre Position änderte, und war hauptamtlicher Beauftragter für Südbayern des Bund Naturschutzes. Kaum bekannt ist, dass aus seiner Feder der erste Entwurf für ein Bayerisches Naturschutzgesetz stammt.

Sein Einsatz für die Zugänglichkeit der Seen brachte ihm den Beinamen Seeuferdokter ein. Er hatte dabei die Bayerische Verfassung im Rücken. Diese garantiert in Artikel 141 Absatz 3, dem sogenannten Schwammerlparagrafen, jedem Bürger neben der „Aneignung wildwachsender Waldfrüchte im ortsüblichen Umfang“ den freien Zugang „zu Bergen, Seen und Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten“.

Wie kam es zu ihrem Einsatz für den freien Zugang zu den Seen?

Seit Oktober 1968 gab es im Bayerischen Landtag eine sogenannte „Aktuelle Stunde“. Abgeordnete konnten dort zu Beginn der Plenarsitzung aktuelle Themen ansprechen. In der ersten dieser Aktuellen Stunden sprach ich über Probleme der Kläranlagen und der Gewässerreinigung. Das gab Anlass, auf die Verhältnisse an unseren Oberbayerischen Seen zu sprechen zu kommen, für die damals Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer zuständig war. Ich fand, dass die Menschen zu wenig Zugang zu den Seen haben. Ich hatte im Sommer in Starnberg immer wieder erlebt, dass die Münchner da standen und an den See wollten. Aber überall waren Sperren. Es gab keine Flächen, wo sie einfach hingehen konnten. Das hat mich alarmiert. Hundhammer zitierte damals aus einer Ausarbeitung des Landwirtschaftsministeriums, die schon Jahre zurücklag. Ich hielt seine Angaben für völlig ungläubwürdig.

Was zum Beispiel?

Die behauptete Gesamtuferlänge hielt ich für ausgeschlossen. Ich lebte ja am Starnberger See und hatte Vorstellungen. Ich stellte im Landtag eine schriftliche Anfrage, welche Länge die Ufer der Oberbayerischen Seen hätten. Ich bekam eine Antwort, die ich für falsch hielt. Daraus ergab sich eine Pressekampagne, auf die sich aus Augsburg ein pensionierter Vermessungsbeamter, Otto Ammer, bei mir meldete und erklärte: „Also, Herr Kaub, ich bin ja vom Fach und Rentner, wenn Sie wollen umradle ich die



Der Seendoktor (Foto: privat, ohne Jahr)

Oberbayerischen Seen und vermesse die Ufer.“ Das hat er dann getan, und ich bin zum Teil mitgeradelt. Wir kamen zu völlig anderen Ergebnissen als Hundhammer. Ich habe natürlich neue Anfragen im Landtag gestellt. Statt Hundhammer war inzwischen Eisenmann der zuständige Minister. Dieser war von einem völlig anderen Schlag. Er war sehr korrekt und bemüht, die tatsächlichen Verhältnisse zu erkunden und zu veröffentlichen. Und siehe da: Die Gesamtuferlänge hatte sich in etwa verdreifacht!



Demonstration für die Freimachung der Seeufer (Foto: privat, um 1970)

Welche Vorstellung hatten Sie von öffentlich zugänglichen Seenufern?

So, wie es heute an vielen Stellen aussieht: Ein Kiosk, ein öffentlich zugänglicher Badeplatz, der so angelegt ist, dass Kinder nicht gefährdet sind. Tische und Bänke sind vorhanden, wo man sich hinsetzen, einfach in den See schauen oder den Enten zusehen kann, die man nicht füttern sollte. Es sei denn, der Kaub kommt vorbei und niemand schaut zu.

Ihre Bemühungen um mehr Zugang zu den Seen stießen in der Bevölkerung sicher auf Zustimmung?

Ja – aber es gab auch Gegenstimmen. Die Fischer fürchteten beispielsweise durch die Zunahme des Bade- und Erholungsbetriebs um ihre Laichgründe. Aber auch aus dem Naturschutz kam Kritik. Der hervorragende, sehr gescheite Alwin Seifert, der in Dießen lebte und das Buch „Ein Leben für die Landschaft“ geschrieben hat,

führte mich herum und versuchte, bei mir Verständnis für Natur und Landschaft hervorzurufen. Er sagte zum Beispiel: „Schauen Sie sich die schöne Allee entlang des Ammersees von Pähl nach Dießen an. Sie soll wegen des Erholungsverkehrs abgeholzt und verbreitert werden.“

Hatten Alwin Seiferts Bemühungen Erfolg?

Ja. Seine Ausführungen und auch die von anderen Naturschützern waren für mich Neuland. Sie haben mich stützig gemacht und dazu gebracht, dass ich mit meinen Erschließungswünschen sehr zurückhaltend und aufmerksam auf die Belange des Naturschutzes wurde. Ich stellte fest, dass es als Gesetzesgrundlage nur das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 gab, das als Landesrecht weitergeführt wurde. 1970 habe ich mich hingesetzt und mit einem Freund, einem hervorragenden Fachmann aus einem anderen Bundesland, den Entwurf für ein Bayerisches Naturschutzgesetz ausgearbeitet.

Was geschah mit Ihrem Entwurf für ein Bayerisches Naturschutzgesetz?

Ich gab ihn Wilhelm Hoegner, der damals noch im Landtag war, zum Durchlesen. Er sagte in der SPD-Fraktion: „Nicht ein Komma ändert ihr daran!“ Die Fraktion unterschrieb, und wir reichten den Gesetzesentwurf ein. Es gibt dazu eine kleine amüsante Geschichte, die für mich zu dieser Zeit gar nicht amüsant war. Ich war im Landkreis Starnberg Gegenkandidat des allmächtigen Landtagspräsidenten Rudolf Hanauer von der CSU, der in Herrsching lebte. Hanauer hat absichtlich meinen Namen als Verfasser dieses Gesetzesentwurfs – üblicherweise wäre zunächst der des Vorsitzenden der Fraktion, Volkmar Gabert, und dann meiner gekommen – irgendwo unter die vielen Unterzeichner hingesetzt. Damit war für einen Fachmann nicht mehr erkennbar, dass ich der Verfasser war.

Wir legten den Gesetzesentwurf vier Wochen vor der Eröffnung des Europäischen Naturschutzjahres 1970 dem Landtag vor. Dieser Zeitpunkt war brisant. Die CSU war zunächst erschrocken, löste sich aber bald aus ihrer Starre und hat dann einige Wochen später einen eigenen

Gesetzesentwurf eingereicht. Beide Entwürfe sind erst in der darauf folgenden Legislaturperiode zur Beratung gekommen. Da ist natürlich meiner aufgrund der Machtverteilung im Parlament ganz klar untergegangen. Aber manch wichtige Gedanken und Grundsätze in den ersten Artikeln stammen daraus. Er war also nicht unnötig. Ich habe dann am 19. Juni 1972 noch einen Entwurf für ein Bayerisches Umweltschutzgesetz eingereicht. Der wurde gar nicht mehr beraten.

1979 sind Sie aus der SPD ausgetreten, warum?

Der Austritt aus der SPD war ein Akt der Erschöpfung, des Überdrusses und auch der Ermüdung. Ich hatte mich sehr bemüht, im Hinblick auf die völlig ungelöste Frage der Endlagerung des hochradioaktiven Mülls die SPD-Fraktion im Landtag zu dem Beschluss zu bringen, keinem neuen Kernkraftwerk mehr zuzustimmen. Helmut Rothmund, damals SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte zu mir, als ich damit wieder anfang: „Komm, hör doch auf. Du weißt doch, Du kriegst keine Zustimmung.“ Da habe ich gesagt: „Dann bin ich hier nicht mehr am Platze“, und habe meinen Austritt aus der SPD erklärt. Mit dem gleichen Tag verlor ich meine Anstellung als Fraktionsgeschäftsführer. Ich hatte bei der Landtagswahl 1978 mein Mandat verloren und war danach von meiner Fraktion zum hauptberuflichen Geschäftsführer gewählt worden.

Sie waren dann Gründungsmitglied der Grünen ...?

Ich hatte Kontakt mit Aktiven der grünen Bewegung. Herbert Gruhl, Klaus Resch hier in Starnberg und mit noch einigen anderen. Sie appellierten an mich, dass ich doch bei ihnen mitarbeite. Ich fand deren Programmsätze ganz prächtig und wunderbar. Nach der Parteigründung 1980 boten sie mir die Geschäftsführung in Bayern an. Das habe ich dann gemacht. Es kam aber bald zum Konflikt.

Warum?

Ich hatte als Landesgeschäftsführer eine Stellungnahme gegenüber der Presse abgegeben, ohne mich mit den drei Parteivorsitzenden abzustimmen. Es hieß daraufhin, ich dürfe alleine keine Stellungnahmen abgeben. Ich erklärte:

„Freunde, so geht keine Pressearbeit. Wenn eine Zeitung anruft und will die Haltung der Grünen zu einer bestimmten Sache wissen, kann ich nicht sagen, ruft doch übermorgen noch mal an, weil ich die drei gleichberechtigten Landesvorsitzenden fragen muss: Der eine ist Bäckergehilfe im Bayerischen Wald und abends ab einer gewissen Zeit sowieso nicht mehr erreichbar, der andere ist gerade in Augsburg im Unterricht an der Schule und der Dritte ist als freier Unternehmer und Schriftsteller kaum zu greifen.“ Doch auf einer Vorstandssitzung in Nürnberg wurde nach einer Debatte von etwa drei Stunden mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, ich dürfe ohne vorherige Rücksprache mit den drei Landesvorsitzenden keine Presseerklärung abgeben. Das war mein Ende bei den Grünen.

Wie ging es weiter?

Ich habe etwas gemacht, was ich noch nie getan hatte. Ich bin mit meiner Frau zehn Tage auf eine Insel in Griechenland in den Urlaub gefahren. Auf der Rückfahrt kaufte ich mir in Trient eine Süddeutsche Zeitung und las: „Der Bund Naturschutz hat Reinhold Kaub als Beauftragten für Südbayern engagiert.“ Für mich war es eine schöne Geschichte. 1981 bin ich auch wieder in die SPD eingetreten, weil sich die Haltung zur Kernenergie grundlegend änderte.

Was beschäftigte Sie beim Bund Naturschutz?

Viel. Ich war zuständig für die drei Regierungsbezirke Schwaben, Oberbayern und Niederbayern. Ich prüfte die Entwürfe der Kreisgruppen für Stellungnahmen in Raumordnungsverfahren und reichte diese dann – soweit ich die Anliegen für zutreffend hielt – formell als Stellungnahme des Bund Naturschutzes im jeweiligen Raumordnungsverfahren ein. Ich mischte mich aber auch vor Ort ein, zum Beispiel bei Straßenbauprojekten im Isental oder am Chiemsee. Im Bayerischen Wald habe ich mich vor allem für die Reduzierung des Rotwildbestandes eingesetzt. Ein Arbeitsschwerpunkt blieb die Mitarbeit im

Alpenrat der Alpenstaaten, für den ich in den 70er Jahren zusammen mit einem Mitarbeiter von Bruno Kreisky die Satzung ausgearbeitet habe.

Was sind im Rückblick für einen Politiker die größten Hindernisse, Umwelt- und Naturschutzanliegen durchzusetzen?

Das Verständnis in der Bevölkerung für Fragen des Natur- und Umweltschutzes hat in den letzten Jahrzehnten erstaunlich zugenommen. Aber Egoismus und die Furcht um den Arbeitsplatz dominieren weiterhin. Wenn Sie heute irgendwo in Problemgebieten in Franken oder Nordrhein-Westfalen, wo immer auch, vor einer Belegschaft eines Betriebes stehen, die um ihren Arbeitsplatz fürchtet, dann dürfen sie denen nicht mit Gedanken des Naturschutzes kommen.

Ist Naturschutz ein Luxusthema?

Ja, immer noch. Mein vorrangiges Ziel war und ist mehr Menschlichkeit. Diesem Ziel ist auch der Naturschutz verpflichtet.



Der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel überreicht Reinhold Kaub das Bundesverdienstkreuz am Bande. Mit auf dem Bild ist Franz Heubl, damals Landtagspräsident (Foto: privat, 1979)